

Zukunft ist nicht wählbar!

Qual der Wahl - Wahl der Qual

Die Arbeitgeberverbände schreien laut genug, sodass bei den Milliardären kein Cent zu holen ist. Was bleibt da noch? Na klar, unsere soziale Absicherung, Kunst und Kultur, bei denen jetzt massiv gekürzt wird.

In dieser parlamentarischen Logik gibt es keine Alternative. Dabei zeigt gerade die Debatte um die Verteilung unserer Steuergelder sehr klar, wie unser kapitalistisches Wirtschaftssystem funktioniert. Gespart wird stets bei den lohnabhängig Beschäftigten, bei der sozialen Absicherung und bei Kultur, während Konzerne mit unserer Arbeit Milliarden erwirtschaften. Zum Wohle der Profite müssen Sozialstaat und Kultur geopfert werden. Rechte Hetze soll uns davon ablenken. Als ob irgendwo die Niedriglöhne steigen würden, wenn wir Bürgergeldempfänger in die Obdachlosigkeit treiben.

Für uns ist klar, dass im Parlamentarismus nicht die Lösung dieser Probleme zu finden sind – denn die Ursache liegt in unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Es macht zwar einen Unterschied, ob die Partei an der Macht offene rassistische Hetze verbreitet und Rechte für queere Menschen und Frauen zurücknimmt. Aber auch eine fortschrittliche Partei wird in diesem System gefangen bleiben und keine nachhaltigen Reformen durchführen können.

Es darf nicht an den Interessen weniger Reiche liegen, wie das von uns erwirtschaftete Geld verteilt wird. Wir kämpfen für ein Wirtschaftssystem, in dem wir gemeinsam entscheiden – und das jeden Tag, nicht nur alle 4 Jahre zu den Wahlen.

Zukunft ist nicht wählbar!

**Sparsam
geht
die Welt
zugrunde!**

**- Vereint für ein
solidarisches Morgen**



Geld ist da, es ist nur falsch verteilt!

Die Möglichkeit, seinen Kindern ein besseres Leben als sich selbst zu ermöglichen, rückt immer weiter in die Ferne. Die Mieten steigen und ein Eigenheim ist für viele von uns unerreichbar geworden. Und während wir verzweifelt versuchen die steigenden Mieten, die steigenden Lebensmittelpreise und die steigenden Kita-Kosten zu bezahlen, wird auf Bundesebene darüber diskutiert, erkämpfte Rechte abzubauen.

Das Rentenalter und die Beiträge für die Krankenkassen werden erhöht. Gleichzeitig werden soziale Leistungen und Förderungen für Kultur immer weiter zurückgenommen und Gelder für die öffentliche Daseinsfürsorge massiv gekürzt. Die Verantwortung wird immer weiter ins Private und damit auf Frauen übertragen.

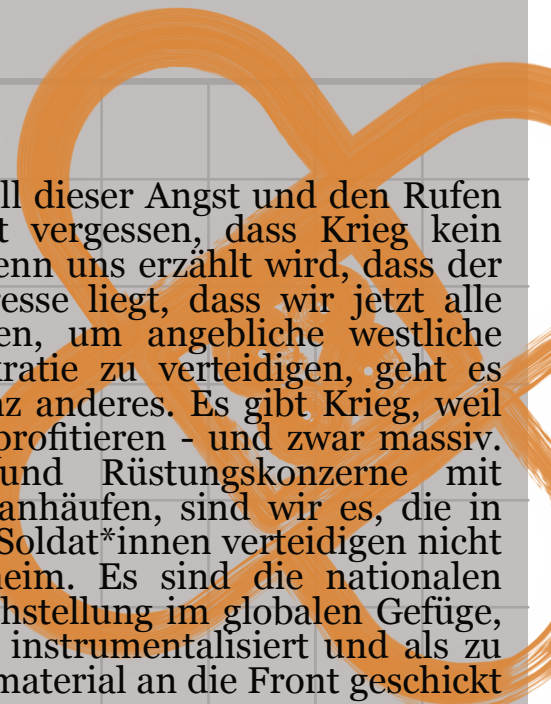
Das alles zeigt uns: Die Krise wird auf uns abgewälzt, während Superreiche weiter verdienen. Während Schulen maroder werden, wird ein immer größerer Teil des Haushaltes in die Aufrüstung gesteckt.

Das Geld ist also da, es ist nur falsch verteilt!

Wir sterben nicht für ihre Kriege

Die Politiker, egal welcher Partei, sind sich sicher: Deutschland muss für einen Krieg bereit sein. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und milliardenschwere Sonderpakete sollen genau das erreichen.

Jeden Tag hören wir von Kriegen, in jedem Teil der Welt. Bei der momentanen Entwicklung überkommt einem die Angst, dass diese zerstörerischen Kriege bald ganz konkret vor der eigenen Tür stattfinden.



Allzu leicht wird unter all dieser Angst und den Rufen nach nationaler Einheit vergessen, dass Krieg kein Naturgesetz ist. Auch wenn uns erzählt wird, dass der Krieg in unserem Interesse liegt, dass wir jetzt alle zusammenstehen müssen, um angebliche westliche Werte oder die Demokratie zu verteidigen, geht es eigentlich um etwas ganz anderes. Es gibt Krieg, weil ein paar wenige davon profitieren - und zwar massiv. Während der Staat und Rüstungskonzerne mit Kriegsproduktion Geld anhäufen, sind wir es, die in diesen Kriegen sterben. Soldat*innen verteidigen nicht die eigene Familie daheim. Es sind die nationalen Interessen um eine Machstellung im globalen Gefüge, für die die Bevölkerung instrumentalisiert und als zu verheizendes Menschenmaterial an die Front geschickt wird.

Stellen wir uns gegen die Aufrüstung und die damit verbundenen Kürzungen - und das über die Wahlen hinaus!

Die Wahl wird nichts lösen

Alle Jahre wieder haben wir die Wahl. Die Parteien buhlen um unsere Stimmen mit allerlei Versprechungen. Jahrelang heißt es, dass Geld fehlt und "wir" nicht über "unsere" Verhältnisse leben dürfen. Dann der große Wandel. Das Land muss kriegstüchtig werden. Parteien, die in den Wahlkämpfen in der Vergangenheit stets den Frieden versprochen haben, überschlagen sich beim Kauf von Panzern und Raketen. Dann kommt die nächste Haushaltsdebatte und schnell wird klar, dass das ausgegebene Geld irgendwo herkommen muss.